

Kurzprotokoll der Stadtratssitzung vom 28.07.2016

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.17 Uhr

Ort: Ratssaal

Sitzungsleiter: Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann

Anwesend: Hans-Peter Adolf, Jürgen Ascherl, Florian Baierl, Götz Braun, Salvatore Disanto, Bastian Dombret, Josef Euringer, Christian Furchtsam, Harald Grünwald, Ulrike Haerendel, Manfred Kick, Josef Kink, Alfons Kraft, Walter Kratzl, Joachim Krause, Werner Landmann, Rudi Naisar, Peter Riedl, Gerlinde Schmolke, Armin Scholz, Kerstin Tschuck

Entschuldigt: Herr Biersack, Frau Wundrak, Frau Yamak

Verwaltung: Hr. Jakesch, Frau May, Frau Otto, Herr Redl, Frau Groh, Herr Zettl, Herr Janich, Herr Balzer

Experten: Frau Zille vom Behindertenbeirat; Frau Birk, Herr Stefanski von der Asylsozialbetreuung

Presse: Frau Passarge, Herr Stäbler

Gäste: ca. 25

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Bürgerfragestunde

TOP 2 Vorstellung der neu eingerichteten Höranlagen

Frau Zille erläutert die Vorteile der induktiven Höranlage für öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen (Rathaus, Schule ...)

Herr Braun fragt, ob bei dieser Technologie immer die Verlegung von Induktionsschleifen notwendig ist.

Frau Zille weist darauf hin, dass die Bluetooth-Technologie in der Entwicklung ist.

TOP 3 Situationsbericht der Asyl-Sozialbetreuung

- im Moment sind 233 Flüchtlinge untergebracht, nur 27 Plätze frei

- Syrische und nigerianische Flüchtlinge stellen die größten Anteile

- berichten über versch. Aspekte ihrer Arbeit, z.B. Gesundheitsversorgung, psych. Betreuung. Für alle gibt es regelmäßige Sprechzeiten zu allen möglichen Problemen.

- Herausforderungen: Verbesserung der Bildungsangebote

- Aus Sicht der Stadt ergänzt Bgm.:

- mehr Präsenz vor Ort wäre wünschenswert

- W-Lan wird am 10. August in der Unterkunft eröffnet

- Hr. Scholz fragt nach Psychotherapeuten-Sprechstd. und Dolmetschern:

berichtet aus eigenen Erfahrungen in der Bayernkaserne. Hielte deswegen Sprechstunden von Therapeuten mit richtiger Übersetzung für notwendig. Erwidert der Soz.Päd.'s, dass sie bei Bedarf Ärzte hinzuziehen oder Unterstützung von Einrichtungen wie refugio. Hr. Adolf ergänzt, dass EU-Recht psychische Betreuung garantiert.

- Hr. Adolf fragt detaillierter zum Handeln im Akutfall und fragt, ob Krankenscheine nicht in Garching ausgegeben werden könnten. Ist lt. Antwort durchaus möglich. Bgm. sagt zu, dem nachzugehen.

TOP 4 Patrona Bavariae

Herr Koller erläutert das Verfahren der Auswahl.

Künstlerin Lioba Leibl erläutert ihr Konzept: versteht ihre Patrona (2,45 Meter groß) als Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln des Abendlandes und zum Grundgesetz. Auch Anlage darum herum ist wichtig und symbolträchtig (z.B. Linden).

Herr Braun bekräftigt nochmal, dass ein solches religiöses Symbol in unserer Zeit im öffentlichen Raum nichts zu suchen hat, noch dazu, weil es eindeutig nur dem katholischen Glauben zuzuordnen ist. Herr Riedl hält als „katholischer Garching“ dagegen. Frau Leibl betont nochmal die Offenheit und individuelle Interpretierbarkeit des Kunstwerks.

TOP 5 Änderung der VO der Stadt Garching über besondere Sonntagsöffnungen

Kenntnisnahme

TOP 6 Infrastrukturgebäude Sommerstockbahn

Herr Zettl erläutert Ausschreibung und ihr Ergebnis. Erhöhung des Haushaltsansatzes ist notwendig.

Der Auftrag wird an Fa. St. Ingbert mit Gesamtsumme von 256 Tsd. Euro vergeben – einstimmig.

TOP 7 Kommunikationszone: Abschluss der Honorarvereinbarungen für Städtebaulichen Entwurf etc.

Hr. Adolf fragt, ob grundsätzlich Nachhaltigkeit und ökologische Kriterien berücksichtigt werden, ohne dass der Stadtrat immer aufpassen muss. Hr. Balzer sagt zu, dass das in die Planung gegeben wird.

Hr. Kraft ergänzt, dass die Planungskosten über das Umlegeverfahren auf mehrere Schultern verteilt werden.

Wird gemäß Vorlage einstimmig beschlossen.

TOP 8 Gemeinde Ismaning: Bebauungsplan für Gewerbegebiet nördl. der Osterfeldstraße

Einstimmig keine Stellungnahme.

TOP 9 Verweisung der Jahresrechnung 2015 zur örtlichen Prüfung

Einstimmig.

TOP 10 Verbesserung des Verkehrsangebotes an Samstagen: U6

Nachträgliche Bekanntgabe einer Eilhandlung des Bürgermeisters

TOP 11 Aufstockung der „Jungen Integration“ in Hochbrück

Aufstockung der Stundenzahl von 39 Std. auf 48,75 Std. pro Woche

Einstimmig.

TOP 12 Mittelschule Garching: Erweiterung der Jugendsozialarbeit

Aufstockung um eine halbe Stelle einstimmig beschlossen.

TOP 13 Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Rettet den Helmut-Karl-Platz“

Bgm. erläutert, dass er für das Bürgerbegehren Verantwortliche von Beratung und Abstimmung ausnehmen möchte nach einer Rechtsauffassung, die er verliert.

Hr. Adolf versucht noch, Teilnahme an Beratung durchzusetzen, es gelingt ihm aber nicht. Es wird geschlossen über „Beratung und Abstimmung“ abgestimmt:

Gegen die Stimme von Bastian Dombret werden Hr. Adolf, Hr. Kratzl und Hr. Landmann ausgeschlossen.

Bgm. erläutert, dass der HFA-Beschluss vom 13.10.2015 noch keine Grundlage für seine Unterschrift unter Mediationsvorschlag hätte sein können. Er will ohnehin nicht darauf zurückkommen, sondern ein neues Liefer- und Zufahrtskonzept für die ganze Fußgängerzone. Will dafür Umfrage unter allen Ladenbesitzern veranstalten. Er verliest Auszug aus einem Schreiben der Kanzlei Offinger, die die Ladenbesitzer (ehemals Schlecker) vertreten:

- Kompromiss seiner Mandanten wird angeboten:

Lieferzeiten 7-10 Uhr und 18-20 Uhr, begrüßen Gesamtkonzept für die Fußgängerzone

Bgm. erläutert weiterhin fehlerhafte Angaben im Bürgerbegehren.

Größtes Problem: Rettungswege können nicht wie im Bürgerbegehren vorgesehen blockiert werden.

Bürgerbegehren kann guten Gewissens abgelehnt werden, weil er gleichzeitig „vollumfängliches Neukonzept“ verspricht.

- Herr Kraft sagt, er habe nicht wie in SZ behauptet Unterschriften für Bürgerbegehren gesammelt.

- Hr. Ascherl: Begehren war gut gemeint, aber fehlerhaft. Wir sind mit einem Neukonzept auf dem richtigen Weg.

- Hr. Krause: ist erfreut über das Eintreten für den Helmut-Karl-Platz, aber leider war die falsche Begründung beim Bürgerbegehren. Falsche Tatsachenbehauptungen haben möglicherweise zu Unterschriften geführt, die sonst nicht geleistet worden wären. Bebauungsplan als Rechtssetzung muss wie die Rettungswege sehr verantwortungsbewusst gehandhabt werden. Betont nochmal seine positive Sicht auf die Parteinahme der Bürger für Fußgängerzone.

- Hr. Dombret:

- bedauert Nicht-Rederecht der Beteiligten

- kritisiert Bürgerbegehren für seine Fehler, aber sieht vor allem den Wunsch der Bürger

- will Bestätigung, dass der HFA-Beschluss nicht umgesetzt werden wird

Bgm. sagt, dass Frust der Bürger viel größer würde, wenn wir Begehren zuließen, dass letztlich rechtlich nicht zu halten ist.

Hr. Baierl: erinnert an Historie. Liefermöglichkeit von Süden bestand früher, jetzt nicht mehr, aber Recht ist, sie weiter zu gewährleisten.

Hr. Euringer: Ergebnisvorgabe des Bürgerbegehrens war ein Fehler.

Frau Haerendel: ist froh, dass bei Ablehnung des Bürgerbegehrens Zeit gewonnen werden kann, um nicht nur die Ladenbesitzer zu befragen, sondern auch nochmal die genauen baurechtlichen Hintergründe zu klären. Sie habe den bisherigen Unterlagen kein unbedingtes Lieferrecht von Süden für diesen Laden entnehmen können. Würde es persönlich begrüßen, wenn HFA-Beschluss aufgehoben würde, am wichtigsten aber sei ein neues Gesamtkonzept.

Hr. Dombret fragt noch einmal, was gegen eine Aufhebung des HFA-Beschlusses spricht.

Bgm. sichert zu, nicht auf Basis dieses Beschlusses einen Mediationsvertrag zu unterschreiben und dass er auch die anderen Maßnahmen nicht umsetzt. Gerade weil die Kläger jetzt Kompromissbereitschaft signalisiert haben, sieht er das für ausreichend.

Hr. Riedl will bei Beschlussvorlage in engerem Sinn bleiben.

Hr. Braun sagt, dass er positiv sieht, dass Bürgerbegehren abgelehnt werden kann, weil bei solchen Bürgerentscheiden, die dann eine Art Wahlkampf unterliegen, die Wahrheit oft auf der Strecke bleibt.

Beschluss: einstimmige Ablehnung.

TOP 14 Bauvoranfrage zur Aufstockung eines Bürogebäudes an der Schleißheimer Str.

Einstimmig nach Beschlussvorlage.

Anträge und Anfragen:

- Hr. Braun: Weg zum Garchingener See: Problem Radweg und LKW-Verkehr ist noch immer nicht behoben.

- Hr. Ascherl bringt Verlagerung der Wertstoffinsel in Hochbrück in den Ort hinein zum Vorschlag, damit sie ordentlicher bleibt.

- Hr. Adolf: zitiert Bebauungsplan und HFA-Beschluss von 2006, dass kein Lieferverkehr über den damaligen Schwanenbrunnenplatz erfolgen soll. Hr. Krause weist darauf hin, dass es damals aber noch keine Sperrpfosten gab. Seine Anfrage, den Zustand von 2006 wiederherzustellen, lehnt der Bgm. unter Hinweis darauf ab, dass eine solche Anfrage nicht nachträglich zu einem Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung gestellt werden könne. Er nennt Hr. Adolf einen „schlechten Verlierer“.